

In der Senatssitzung am 3. März 2026 beschlossene Fassung

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft

21. Wahlperiode

Ergänzt um Beschluss der SK

Beschlussprotokoll

33. Sitzung

24.02.2026

Nr. 21/313 S – 21/321 S

Nr. 21/313 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Vom Prüfauftrag zur Bremischen Prüfungsschleife: Die seit 2014 unterbliebene Reform der Kita-Finanzierung

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 9. Dezember 2025

(Drucksache [21/688 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2026

(Drucksache [21/741 S](#))

Nr. 21/314 S

Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache vom 24. Februar 2026

1. Petitionsbericht Nr. 26

Bericht und Antrag des städtischen Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung

vom 16. Februar 2026

(Drucksache [21/718 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

2. Nachbesetzung eines stimmberechtigten Mitglieds des

Jugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 17. Februar 2026

(Drucksache [21/720 S](#))

Die Stadtbürgerschaft wählt Herrn Florian Hensel anstelle von Frau Sandra Harjes zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen.

Nr. 21/315 S

Fragestunde

1. Mittagessensversorgung an den Schulen in Bremen vor dem Hintergrund des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung
Anfrage der Abgeordneten Bithja Menzel, Dr. Franziska Tell, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21. Januar 2026
2. Prostitutionsstätten in der Helenenstraße
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Bithja Menzel, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21. Januar 2026
3. Schließung von Sporthallen aufgrund von Schneelast
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21. Januar 2026
4. Wie weiter mit dem leerstehenden Polizeigebäude am Sedanplatz?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21. Januar 2026
5. Sicherstellung der rechtzeitigen und gleichberechtigten Information von Eltern bei Schulausfall
Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21. Januar 2026
6. Stärkung des Mieter:innenschutzes bei der Vermietung von möblierten Wohnungen
Anfrage der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2026
7. Welche Erfahrungen konnten bislang mit der Umsetzung des „Bauturbos“ gemacht werden?
Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 21. Januar 2026

8. Anfrage 8: Toilettenversorgung Innenstadt – öffentliche Toilette in der Markthalle Acht vor dem Aus?

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 21. Januar 2026

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Wie inklusiv sind die Bremer Sportangebote?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 21. Januar 2026

10. Gefährdungsanzeigen in den Kliniken der Gesundheit Nord

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 21. Januar 2026

11. Wie attraktiv ist die Eissporthalle „Paradise“?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 21. Januar 2026

12. Erfrierungsschutz und Winterregelung für obdachlose Menschen

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und
Fraktion Die Linke vom 21. Januar 2026

13. Fahrzeitmessungen bei der BSAG für verlässliche Fahrpläne

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen
und Fraktion Die Linke vom 21. Januar 2026

14. Stand der Kita-Anmeldungen für das Kita-Jahr 2026/2027

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen
und Fraktion Die Linke vom 22. Januar 2026

15. Immer wieder defekte Hublifte bei der BSAG?

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen
und Fraktion Die Linke vom 28. Januar 2026

16. Reisedokumente aus Weyhe für Bremer Bürger?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Theresa Gröninger,
Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 28. Januar 2026

17. Sichere Schulwege bei winterlichen Witterungsbedingungen – versinkt der Senat im Schneechaos?

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 4. Februar 2026

18. Tempo 30 und Sanierung der Oberneulander Landstraße: Welche Konsequenzen hat der schlechte Straßenzustand?

Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 10. Februar 2026

19. Flüchtlingsunterkunft im Bremer Tabakquartier

Anfrage der Abgeordneten Andre Minne, Piet Leidreiter und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND vom 17. Februar 2026

20. Warum wird der Bunker B31 im Bürgerpark nicht zu einer Regenwasserzisterne umgebaut?

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 17. Februar 2026

21. Kommunale Selbsthilfeförderung in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 17. Februar 2026

22. Ehemaliger Kiefert-Pavillon Philosophenweg/Ecke Bahnhofstraße

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 17. Februar 2026

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/316 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag der Abgeordneten Marco Lübke, Yvonne Averwieser, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU:

„Wie stellt der Senat Bovenschulte die Schwimmfähigkeit aller Kinder trotz Bäderschließung sicher?“

und

2. auf Antrag des Abgeordneten Piet Leidreiter und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND:

„Versiegelt, verregnet, veranlagt – die neue Berechnungslage für die Regenwasserentsorgung ist ein Bürokratiemonster“.

Nr. 21/317 S

„Nord.Start“ – Bahn frei für ein Gründerzentrum in Bremen-Nord

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. August 2025

(Drucksache [21/592 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

vom 23. Februar 2026

(Drucksache [21/735 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/318 S

Sichere Heimwege in Bremen – Schutzangebote und Nachtmobilität für Frauen und Kinder ausbauen, Frauen-Not-Taxi stärken

Antrag der Fraktion der FDP

vom 2. Februar 2026

(Drucksache [21/715 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/319 S

Erreichbarkeit sichern, Wirtschaft stärken – Handwerksbetriebe in Innenstadt, Viertel und Neustadt erhalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

vom 23. Februar 2026

(Drucksache [21/723 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/320 S

Bezahlbare Mieten in Bremen ermöglichen und Mietwucher unterbinden – Miet-Melde-Stelle schaffen und bestehende Strukturen stärken

Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 24. Februar 2026

(Drucksache [21/736 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. Mieter:innen in der Stadt Bremen noch besser über die gesetzlich maximal zulässige Miethöhe, die Möglichkeit, diese Höchstmiete für die eigene Wohnung anhand des Online-Rechners zum Bremer Mietspiegel zu ermitteln sowie die Möglichkeiten, um ihr Recht durchzusetzen, zu informieren. Hierzu gehören insbesondere:
 - a) Information und Öffentlichkeitsarbeit für Mieter:innen über ihre Rechte, die Pflichten von Vermieter:innen und den Mietspiegel durch eine mehrsprachige und crossmediale Informationskampagne,
 - b) Bekanntmachung der bestehenden Beratungsstellen für Mieter:innen und Bekanntmachung der Möglichkeiten der Kostenübernahme für Leistungsempfangende sowie der Miet-Melde-Stelle;
2. vor dem Hintergrund der bereits etablierten Strukturen in Bremen, eine behördliche Miet-Melde-Stelle einzurichten, welche
 - a) die bestehenden Organisationen der Mieter:innenberatung und Leistungsträger koordiniert und abgestimmte Verfahren entwickelt,
 - b) analoge und digitale Beschwerden wegen überhöhter Mieten und Mietwucher aufnimmt, gegebenenfalls weiterleitet (Verweisberatung),
 - c) bei begründeten Hinweisen, durch Mieter:innenvereinen und weitere Erstberatungseinrichtungen oder Leistungsträger die Einhaltung des Mietspiegels prüft, bei Bedarf Vor-Ort-Besichtigungen vornimmt, Vermieter:innen anschreibt, um die Rückerstattung überhöhter Mieten und rechtskonforme Mietanpassung zu erwirken, bei Verstößen gegen das Wirtschaftsstrafgesetz prüft, Bußgelder verhängt und Fälle gegebenenfalls an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergibt;
3. in Anlehnung an das erfolgreiche Vorgehen der Stadt Frankfurt am Main beziehungsweise der Freien und Hansestadt Hamburg gemeinsam mit den anderen Stellen und Institutionen ein Musterverfahren zum Vorgehen gegen Mietwucher zu entwickeln. Insbesondere sollen dabei folgende Zielsetzungen verfolgt werden:
 - a) Abstimmung einer Aufgabenteilung und Entwicklung einer Verfahrenskaskade zwischen Mieter:innenvereinen und Behörde. Hierbei sollten Doppelstrukturen vermieden werden, Erstberatungen und die Beratung und Bearbeitung von zivilrechtlichen Fällen sollen weiterhin von den bestehenden Beratungsstellen durchgeführt werden und hartnäckige, bußgeldbewehrte oder strafrechtlich relevante Fälle

- von der Miet-Melde-Stelle durch Weitergabe durch die bestehenden Beratungsstellen bearbeitet werden;
- b) bei der Abstimmung der Verfahrenskaskade sollen die zuständigen Stellen bei der Bau- sowie der Sozialsenatorin, die Bremer Mieter:innenvereine, Sozialberatungsstellen, weitere Anlaufstellen wie der Anwaltsverein oder die Beratung der Arbeitnehmerkammer berücksichtigt werden;
 - c) auch die Leistungsträger sollen insofern beteiligt werden, als dass mutmaßlich überhöhte Mieten von dort gemeldet und auf Einhaltung des Mietspiegels überprüft werden;
 - d) mehrsprachige Ergänzung der Website zum Mietspiegel um Informationen zur Mietpreisbremse und zum Themenbereich Mietwucher;
4. Ausnutzung der öffentlichen Kassen durch rechtswidrige Miethöhen besser zu unterbinden und hierzu die Grundsicherungsträger anzuhalten, bei mietrechtlichem Beratungsbedarf die Kosten für einen Mieterverein im Rahmen der Kosten der Unterkunft zu übernehmen; sowie offenkundige Verdachtsfälle auf überhöhte Mieten der Miet-Melde-Stelle zur Überprüfung vorzulegen. Die Möglichkeit der Kostenübernahme soll zudem bei den sozial- und mietrechtlichen Beratungsstellen und der Öffentlichkeit bekannter gemacht werden;
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass rechtswidrige Miethöhen besser bekämpft werden können durch
- a) eine Bußgeldbewehrung bei Nichteinhaltung der Mietpreisbremse,
 - b) eine Reform von § 5 Wirtschaftsstrafgesetz, insbesondere indem das subjektive Tatbestandsmerkmal des Ausnutzens gestrichen und das beim Verstoß gegen § 5 Wirtschaftsstrafgesetz verordnete Bußgeld erhöht wird;
6. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration zwölf Monate nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand zu berichten.

Nr. 21/321 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 12. Dezember 2023
(Drucksache [21/93 S](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024
(Drucksache [21/111 S](#))

2. Sonntags an Bücher und Medien: Mit „Open Library“-Konzept
Stadtbibliotheken für mehr Bildung und Kultur zugänglich machen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. März 2024
(Drucksache [21/154 S](#))

3. Warum unternimmt der Senat Bovenschulte nichts gegen immer mehr
marode Straßen, Fuß- und Radwege in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. April 2024
(Drucksache [21/167 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. Mai 2024
(Drucksache [21/202 S](#))

4. Forderung nach einer zeitgemäßen Strategie für Werkstatt Bremen, den
Martinshof und die Werkstatt Nord gGmbH

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/63 S](#))

5. Forderung nach einer zeitgemäßen Strategie für Werkstatt Bremen, den Martinshof und die Werkstatt Nord gGmbH

Bericht der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 29. Oktober 2024
(Drucksache [21/407 S](#))
6. Kosten für das StadtTicket an die Realität anpassen

Antrag der Fraktion der CDU vom 14. Januar 2025
(Drucksache [21/451 S](#))
7. Arbeitszufriedenheit im Klinikverbund Gesundheit Nord: Fundierte Mitarbeiterbefragung durchführen

Antrag der Fraktion der FDP vom 10. Februar 2025
(Drucksache [21/465 S](#))
8. Verbesserung der Straßeninfrastruktur in Bremen – nachhaltige Sanierung und effizientere Planung

Antrag der Fraktion der CDU vom 25. März 2025
(Drucksache [21/495 S](#))
9. Seilbahn in Bremen: Mobilitätswende ermöglichen – Machbarkeitsuntersuchung beauftragen

Antrag der Fraktion der CDU vom 6. Mai 2025
(Drucksache [21/527 S](#))
10. Offene Fragen beim Klima-Campus zügig beantworten – notwendige Entscheidungen treffen – laufende Planungen aufeinander abstimmen – Finanzierung klären!

Antrag der Fraktion der CDU vom 24. Februar 2026 (Neufassung der Drucksache [21/555 S](#) vom 17. Juni 2025)
(Drucksache [21/737 S](#))

11. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung
Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2025
(Drucksache [21/568 S](#))
12. Integriertes Innenstadtverkehrskonzept für Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2025
(Drucksache [21/573 S](#))
13. Öffentliche Gebäude nutzen: 100 Trinkwasserbrunnen für Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Juli 2025
(Drucksache [21/580 S](#))
14. Wie konsequent geht der Senat gegen Problemimmobilien vor?
Große Anfrage der Fraktionen Die Linke, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 10. Juli 2025
(Drucksache [21/576 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. September 2025
(Drucksache [21/611 S](#))
15. Kleingartenvereine in Bremen beim anstehenden Stromzählertausch nicht im
Stich lassen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. September 2025
(Drucksache [21/610 S](#))
16. Wie groß ist das Problem mit sogenannten Elterntaxis in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 5. November 2025
(Drucksache [21/664 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2026
(Drucksache [21/712 S](#))

17. Kinder- und Jugendfarmen in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 5. November 2025

(Drucksache [21/665 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2025

(Drucksache [21/696 S](#))

Beschluss für die Senatssitzung am 03.03.2026

1. Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzung der Stadtbürgerschaft vom 24.02.2026 zur Kenntnis.
2. Der Senat überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft Nr. 21/320 S an die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung zur weiteren Veranlassung.